

Vieweg, Hans-Günter et al.

Article

ifo Branchen-Dialog 2016

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Vieweg, Hans-Günter et al. (2016) : ifo Branchen-Dialog 2016, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 69, Iss. 23, pp. 34-51

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165847>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Am 9. November 2016 fand der 17. ifo Branchen-Dialog statt. Rund 200 Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik diskutierten aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen der Branchen Industrie, Handel, Bauwirtschaft und Dienstleistungen. Im Blickpunkt standen zudem Zuwanderung und demographischer Wandel. Die Tagung wird vom ifo Zentrum für Industrieökonomik und neue Technologien in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern veranstaltet und wird unterstützt vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie. Der nächste ifo Branchen-Dialog findet am 8. November 2017 in den Räumen der IHK für München und Oberbayern statt.

Der ifo Branchen-Dialog 2016 wurde von **Peter Driessen**, Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern, eröffnet. Er würdigte in seiner Begrüßung die Bedeutung der Veranstaltung und sprach im Hinblick auf die US-Präsidentenwahl, deren Ergebnisse am Morgen des Branchen-Dialogs bekanntgegeben wurden, von einem »geschichtsträchtigen Vormittag«. Die bayerische Wirtschaft hoffe auf den Erhalt der guten Handelsbeziehungen mit den USA, erklärte Driessen. Er betonte ferner die Wichtigkeit des diesjährigen Branchen-Dialog-Schwerpunktthemas Zuwanderung. Die IHK-Mitgliedsunternehmen seien aktiv in der Arbeitsmarktintegration von Asylsuchenden engagiert. Die IHK für München und Oberbayern stehe beratend zur Seite und setze sich für konkrete Maßnahmen ein, die nötige Rechts- und Planungssicherheit für Unternehmen zu schaffen, die bereit seien, Flüchtlinge auszubilden.

Die Branchenforen Industrie, Handel, Bauwirtschaft und Dienstleistungen wurden eingerahmt von Vorträgen des ifo-Präsidenten Prof. Dr. Clemens Fuest zur weltwirtschaftlichen Lage und Prof. Dr. Ludger Wößmann, Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik, der zum Thema Integration durch Bildung sprach.

Prof. Dr. Clemens Fuest ging in seinem Vortrag zum Thema »Die wirtschaftliche Lage in Deutschland und Europa« zunächst auf die aktuellen US-Wahlergebnisse ein. Vergleiche man die Positionen beider Präsidentschaftskandidaten, so Fuest, seien die wirtschaftspolitischen Implikationen recht ähnlich. Da viele Aspekte der politischen Ziele Trumps in ihrer konkreten Umsetzung zudem noch unklar seien, mahnte Fuest an, keine voreiligen

Schlüsse zu ziehen. Es sei jedoch zu beachten, dass sich der deutsche Handelsüberschuss mit den USA 2015 auf fast 2% des Bruttoinlandsprodukts belaufe und derzeit insgesamt mehr als 1,5 Mio. deutsche Jobs vom US-Geschäft abhängen.

Fuest zufolge befindet sich die Weltwirtschaft in einem leichten Aufwärtsprozess, der seine Impulse vorwiegend aus China und den USA erhält. Dabei sei ungewiss, ob der Aufschwung in den USA intakt sei und wie lange die chinesische Wirtschaft derartig hohe Wachstumsraten beibehalten könne. Die Wachstumsaussichten im Euroraum hellten sich derzeit in moderater Weise weiter auf. Die deutsche Wirtschaft sieht Fuest in robuster Verfassung mit voraussichtlich etwas nachlassender Dynamik im kommenden Jahr.

Zur Lage in Europa führte er unter anderem aus, dass das Brexit-Votum im dritten Quartal 2016 weit weniger dramatische Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt Großbritanniens hatte als prognostiziert. Zum Thema Brexit sprach sich Fuest ferner dafür aus, baldmöglichst klare Übergangsregelungen für die Jahre bis zum Austritt zu verhandeln. Die Aussage der Premierministerin Theresa May in ihrer Rede Anfang Oktober, dass es keinen »Exit vom Brexit« gebe, sei auch als Reaktion auf medial aufgespielte Befürchtungen britischen »Rosinenpickens« zu verstehen. Dies bedeute nicht, dass es tatsächlich einen »Hard Brexit« geben werde.

Abschließend befasste sich Fuest mit der Frage, ob die Eurozone Fortschritte bei der Überwindung der Krise mache. Die zentralen Erfordernisse sieht Fuest im Abbau von Verschuldung, Wiedergewinnung



Prof. Dr. Clemens Fuest
Präsident des ifo Instituts

von Wettbewerbsfähigkeit und Bankensanierung. Die Konjunktur in der Eurozone schein sich insgesamt nur zögerlich zu erholen. Die Industrieproduktion sei nur in Deutschland auf das Niveau des Jahres 2008 zurückgekehrt, während die Produktion in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und auch Frankreich weit dahinter zurückblieben. Dennoch, die Arbeitslosigkeit sinke und die Produktivität verbessere sich vor allem in den Staaten im Euroraum mit hoher Arbeitslosigkeit. Besorgt zeigte sich Fuest über die wachsende Staatsverschuldung und die nur geringen Fortschritte bei der Bankensanierung. Die derzeitige Governance im Euroraum, in der die Kontrolle über die Fiskalpolitik auf nationaler Ebene erfolge, die Haftung für Staatschulden allerdings auf europäischer Ebene, setze falsche Anreize. Fuest appellierte an die Bundesregierung, sich klarer über ihre Vorstellungen zu äußern, wie die künftige institutionelle Architektur der Eurozone funktionieren soll.

Prof. Dr. Ludger Wößmann stellte zu Beginn seines Vortrages »Integration durch Qualifikation: Chancen und Herausforderungen der Zuwanderung« die derzeitige Situation in Deutschland dar: Nach ca. 890 000 Asylsuchenden im Jahr 2015 gab es eine Trendumkehr mit nur mehr 270 000 ankommenden Asylsuchenden in den ersten drei Quartalen des Jahres 2016. Mehrheitlich sind die Asylsuchenden jung (unter 30 Jahre alt) und männlich. Wößmann unterstrich, dass die Aufnahme dieser Menschen in erster Linie eine humanitäre Aufgabe sei. Für Flüchtlinge mit hoher Bleibeperspektive – da kurzfristig wenig Hoffnung auf eine sichere Rückkehr ins Heimatland besteht – solle jedoch schnellstmöglich von reiner Versorgung auf Integration umgestellt werden. Zentral dabei sei die Integration am Arbeitsmarkt, die wiederum nur durch Hilfestellung beim Spracherwerb sowie beruflicher Qualifikation gelingen könne.

Jüngste Statistiken deuteten darauf hin, so Wößmann, dass mindestens zwei Drittel der Asylbewerber über keinen berufsqualifizierenden Abschluss verfügen. Es sei laut Wößmann anzunehmen, dass es in vielen Fällen selbst nach erfolgreichem Spracherwerb an der nötigen Ausbildungs-



Michael Ebnet
Mitarbeiter des ifo Zentrums für Industrieökonomik und neue Technologien

reife fehle. Hinzu komme, dass es aus Sicht der Flüchtlinge durchaus Gründe gebe, die gegen eine Ausbildung im deutschen System sprechen: Wenn beispielsweise die Familie im Heimatland auf Unterstützung angewiesen ist, ist eine geringqualifizierte Beschäftigung auf Basis des Mindestlohns kurzfristig ertragreicher als ein Azubi-Gehalt. Ferner zahlt sich ein deutscher Ausbildungsabschluss hauptsächlich auf dem deutschen Arbeitsmarkt und weit weniger im Heimatland oder in anderen Zielländern aus. Gibt es also keine längerfristige Bleibeperspektive, so Wößmann, seien die Anreize, in berufliche Bildung zu investieren, verständlicherweise gering.

Die zentralen Politikempfehlungen Wößmanns bauen auf einer realistischen Einschätzung der Sachlage auf. Nur realistische Politik helfe den Menschen. Konkret sprach er sich unter anderem dafür aus, ein- bis zweijährige teilqualifizierende Berufsausbildungen zu schaffen, die praktische Fähigkeiten betonen und theoretische Grundlagen begrenzen. Zudem sollen spezifische Hemmnisse am Arbeitsmarkt, wie die Vorrangprüfung, komplett abgebaut werden. Auch könne der Mindestlohn für Langzeitarbeitslose, und somit auch für Flüchtlinge, ausgesetzt werden. Nachhaltig positive Anreize, u.a. für Bildungsinvestitionen, könnten gesetzt werden, wenn Asylsuchenden bei Aneignung von Deutschkenntnissen und dauerhafter Beschäftigung ein dauerhaftes Bleiberecht garantiert würde. Abschließend betonte Wößmann, dass Qualifikation der zentrale Faktor für Flüchtlingsintegration sei. Wenn die Bildungsintegration gelinge, könnten Flüchtlingskinder langfristig zum Gewinn für unser Sozialsystem werden.

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die Branchenentwicklung und Fragestellungen geboten, die in den einzelnen Branchenforen während des ifo Branchen-Dialogs diskutiert wurden.

**Branchenforum 1:
Konjunkturelle und strukturelle
Perspektiven für die Industrie**

Hans-Günther Vieweg, Hans-Dieter Karl und Michael Ebnet

In der neuen Welt der Globalisierung

Die Weltwirtschaft hatte sich nach der durch die Lehman-Brothers-Insolvenz 2008 ausgelösten Finanzmarktkrise schnell wieder erholt. Allerdings hat die Expansion seit 2012 deutlich an Dynamik verloren. Auffällig ist, dass die Wachstumsschwäche besonders das Verarbeitende Gewerbe betrifft, das bis dahin – abgesehen vom Jahr 2009 – ebenso stark oder sogar stärker als das weltweite Bruttoinlandsprodukt expandierte. Deutlicher noch als die Industrie ist der Welthandel mit Industrierzeugnissen von einer nachlassenden Dynamik gezeichnet (vgl. Abb. 1).

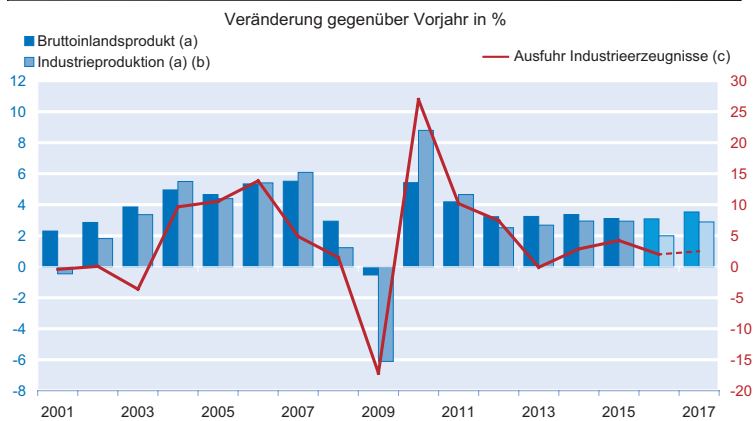
Die Diskussion um die Ursachen der Wachstumsverlangsamung kreist um finanzwirtschaftliche Schief lagen und ungelöste strukturelle Probleme. Nachlassende Anstrengungen bei der Öffnung von Märkten sowie der Vereinbarung von Handelsabkommen und die Bereitschaft der Politik, populistischen, gegen einen freien Welthandel gerichteten, Protesten nachzugeben, bieten weitere Erklärungsansätze. Es gibt aber neben exogenen Faktoren, die die wirtschaftliche Dynamik bremsen, auch endogene. Einer dieser für die deutsche Industrie mit ihrer starken Fokussierung auf Investitionsgüter besonders wichtigen Faktoren ist die Investitionstätigkeit, die weltweit bis 2012 von der Industrialisierung in Schwellenländern und dem Hunger nach Rohstoffen getrieben wurde. Der rasche Aufbau von Produktionskapazitäten übertraf zuletzt den tatsächlichen Bedarf, wie es typisch für Phasen dynamischen Wachstums ist.

Ein Beispiel für die hieraus entstehenden Friktionen bietet der Weltschiffbau. Zu Beginn eines Aufschwungs hängt der Schiffbau hinter dem Weltseehandel her, gegen Ende des Zyklus übertrifft er ihn. Das Durchschnittsalter der verfügbaren Transportkapazitäten hat sich deutlich verringert, während der Auftragsbestand für den Neubau noch abzubauen ist. Das Überangebot an Transportkapazitäten trifft auf einen schwachen Welthandel, was zu einer Konsolidierung der Branche führt. Die Pleite der koreanischen Hanjin Reederei, der weltweit siebtgrößten Reederei, ist Ausdruck der Marktberreinigung. Aktuell haben sich die Frachtraten auf niedrigem Ni-

veau stabilisiert, die größten Probleme scheinen überwunden. Bis ein sich neu einstellendes Marktgleichgewicht allerdings wieder zu einem nennenswerten Anstieg beim Schiffbau führt, werden Jahre vergehen (vgl. Abb. 2). Pars pro toto ist die Entwicklung auf dem Schiffbaumarkt beispielhaft für die zyklische Entwicklung auf vielen Investitionsgütermärkten, ausgehend vom Bergbau bis hin zur Aufschließung und weiteren Verarbeitung von Grundstoffgütern. Dementsprechend muss für die deutsche Industrie mit ihrer Stärke auf den Weltmärkten bei Maschinen und Ausrüstungen von einer gedämpften Entwicklung der Geschäftstätigkeit ausgegangen werden. Es sind nicht nur die Hightech-Zulieferungen deutscher Unternehmen für den weltweiten Schiffbau betroffen, sondern auch andere wichtige Marktsegmente, wie der Anlagenbau und seine Lieferanten, vor allem aus der Metallindustrie.

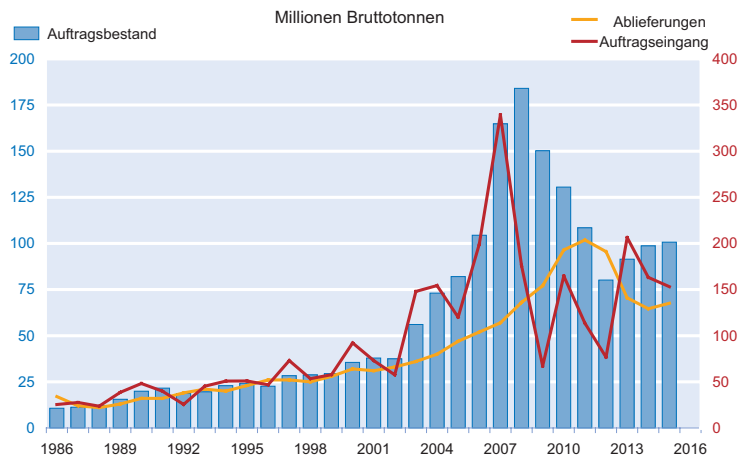
Eine Analyse der wichtigsten Absatzmärkte für die deutsche Industrie (vgl. Tab. 1) unterstützt die Schlussfolgerung aus

**Abb. 1
Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Exporte der Industrie weltweit**



Quelle: World Integrated Trade Solution (WITS); Comtrade; GoldmanSachs; ifo Institut.

**Abb. 2
Weltschiffbaumarkt**



Tab. 1
Eckdaten für den Außenhandel der deutschen Industrie

Land/Region	2015 Anteil an deutschen Ausfuhren (in %)	2011	2012	2013	2014	2015	2016 ^{a)}
		nominal Veränderung in %					
USA	10	12,5	17,9	2,7	7,4	18,8	- 5,0
Japan	1	15,0	13,4	- 0,4	- 1,0	0,7	5,0
Brasilien	1	7,5	5,1	- 3,8	- 8,0	- 4,7	- 20,0
Indien	1	17,0	- 4,0	- 12,2	- 2,8	9,9	- 5,0
Volksrepublik China	6	20,6	2,9	0,2	11,1	- 4,0	2,0
Russische Föderation	2	30,8	10,6	- 6,0	- 18,4	- 25,5	- 5,0
Euroland	36	8,5	- 3,5	- 1,0	2,1	5,1	2,0
Sonstige EU	22	13,1	2,1	1,4	10,1	10,3	3,0
Sonstige Länder	22	10,2	9,4	- 1,2	- 0,9	7,7	- 3,0
Gesamt	100	11,5	3,0	- 0,4	3,3	6,5	0,0

^{a)} Schätzung für das Gesamtjahr.

Quelle: World Integrated Trade Solution (WITS); Comtrade; ifo Institut.

der sektoralen Betrachtung. Die Investitionstätigkeit in den USA, die in den letzten Jahren durch den Boom beim Ausbau der Förderung von Schiefergas zum Aufbau in nachgelagerte Prozessindustrien geführt hat, ist ausgelaufen. Die Entwicklung trifft mit einem zyklischen Rückgang der Nachfrage im Kfz-Markt zusammen. Die Signale aus diesem wichtigsten Exportmarkt weisen auf einen weiteren Rückgang hin. Die Volksrepublik China, die seit der Jahrtausendwende einen wesentlichen Beitrag zur dynamischen Expansion der deutschen Industrie lieferte, befindet sich in einer Phase der Konsolidierung, bei der die Politik die Abhängigkeit von der Industrie zu lösen versucht. Überkapazitäten belasten die Nachfrage nach Ausrüstungen, wenn auch langfristig angesichts der Größe des Landes das Potenzial noch nicht ausgeschöpft sein mag. Einige etwas weniger bedeutende Märkte, wie Brasilien und Russland, die zeitweise stark expandierten, brachen in den letzten Jahren ein. Eine Stabilisierung deutet sich an, eine Rückkehr zu früherer Dynamik ist jedoch noch nicht absehbar.

Seit einigen Jahren liefert die Eurozone wieder Wachstumsimpulse für die deutsche Industrie. Dieser – mit einem Anteil von 36% an den Exporten – wichtigste Absatzmarkt wird auch in den kommenden Jahren stimulierend wirken, dank der Geldpolitik der EZB und aufgrund von Investitionen, die in den Krisenjahren aufgeschoben worden waren. Für die sonstigen EU-Mitgliedstaaten sind die Aussichten durchwachsen. Für Großbritannien muss wegen der durch das Brexit-Votum ausgelösten politischen Unsicherheit mit einer Investitionszurückhaltung gerechnet werden. Erschwerend kommt die Abwertung des britischen Pfunds hinzu, die insbesondere die Preiswettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure belastet. Für die mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten sind die Perspektiven weiterhin auf Wach-

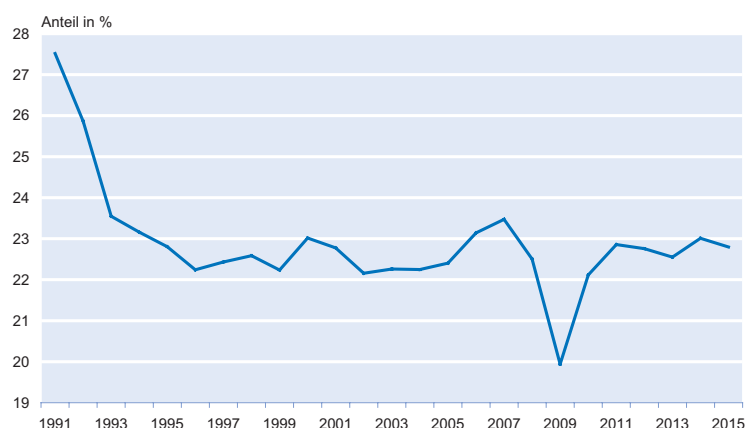
tum ausgerichtet. Zusammenfassend ist festzustellen, dass aufgrund der gedämpften Aussichten für die beiden größten Überseemärkte und des Brexit nicht davon ausgegangen werden kann, dass die deutschen Industrieexporte in den nächsten Jahren auf einen dynamischen Wachstumspfad zurückkehren werden.

Entwicklung und Aussichten der deutschen Industrie

Die deutsche Industrie trug in den letzten beiden Jahrzehnten – mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 – relativ stabil zwischen 22 und 23% zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Deutschland bei (vgl. Abb. 3). Im internationalen Vergleich fortgeschrittener Industrienationen ist das ein hoher Wert. Sie wird jedoch in den kommenden Jahren nicht die Zuwachsraten der Vergangenheit aufweisen und schwächer als das Bruttoinlandsprodukt expandieren. Schon 2015 ist die deutsche Industrie nur verhalten expandiert. Das Produktionsvolumen – gemessen am (realen) Pro-

Abb. 3

Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 2
Prognosen zur deutschen Industrieproduktion
 Produktion (Veränderung gegenüber Vorjahr in %) ^{a)}

WZ 2008	Branche	Ist-Werte		Schätzung 2016	Prognose 2017	Ausblick 2018
		2014	2015			
C	Verarbeitendes Gewerbe	1,9	0,7	1,0	0,5	1,0
	Vorleistungsgüter	1,7	0,1	0,5	0,0	1,0
	Investitionsgüter	2,4	1,1	1,5	1,0	1,5
	Konsumgüter	1,3	0,3	1,0	0,5	0,5
10	Ernährungsgewerbe	0,1	- 0,1	1,0	1,0	0,5
20	Chemische Industrie	- 1,3	- 0,7	- 1,0	- 0,5	0,5
22	Gummi- und Kunststoffwaren	0,5	1,8	1,5	0,5	1,0
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	2,8	- 0,2	- 0,5	0,0	0,5
25	Metallerzeugnisse	2,7	0,5	2,0	0,5	1,0
26	DV-Geräte, elektr./opt. Erzeugnisse	3,7	3,8	2,5	1,5	2,5
27	Elektrische Ausrüstungen	1,6	- 0,8	0,5	0,0	0,5
28	Maschinenbau	1,2	0,2	- 0,5	0,5	1,0
29	Automobilindustrie	4,4	0,1	2,5	1,5	2,0
	Nachrichtlich:					
ET	Elektrotechnik ^{b)}	2,6	1,4	1,5	0,5	1,5
ME	Metall- und Elektroindustrie ^{c)}	2,7	0,7	1,5	0,5	1,0

^{a)} Kalender- und saisonbereinigt. – ^{b)} Abgrenzung gemäß ZVEI. – ^{c)} WZ 2008: 24–30 und 32.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

duktionsindex der amtlichen Statistik – ist lediglich um 0,7% gewachsen. Auch 2016 wird die preisbereinigte Zuwachsrates kaum höher ausfallen. Die Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie ist derzeit vergleichsweise hoch; sie nahm von Oktober 2015 bis Oktober 2016 von 84% auf 86% zu. Vom hohen Niveau gingen Impulse auf die Beschäftigung aus. Im Geschäftsklimaindex des ifo Instituts für das Verarbeitende Gewerbe, der sich im Lauf des Jahres 2016 leicht erholt hat, spiegelt sich die aktuelle Entwicklung wider. Das stützt auch die vom ifo Institut durchgeführten Branchenschätzungen, nach denen insgesamt mit einem Anstieg der industriellen Produktion im Jahresdurchschnitt 2016 von real 1,0% zu rechnen ist (vgl. Tab. 2).

Für 2017 sind die Aussichten gedämpfter. Der reale Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes ist in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 nur noch um rund 0,3% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert gestiegen. Die Prognose der Produktion des Verarbeitenden Gewerbes basiert auf dem Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute, die 2017 für Deutschland ein reales Wirtschaftswachstum von 1,4% erwarten. Die im Rahmen des ifo Konjunkturtests befragten Unternehmen planten bis zuletzt, ihre Produktion zu erhöhen, da aber die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte nur noch wenig zulegen werden, dürfte das reale Produktionsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes 2017 nur knapp über der Stagnationsgrenze liegen (+ 0,5%).

Die Produktion in den Industriebauptgruppen sollte unterschiedlich verlaufen. Für die Entwicklung der deutschen Industrie ist das Investitionsgütergewerbe wegen seines Gewichts und seiner starken Einbindung in die Weltmärkte von zentraler Bedeutung. Während die gesamte Industrie

2015 knapp 50% der Produktion exportierte, lag der Anteil der Investitionsgüterproduzenten bei 61%. Wegen der kaum noch zunehmenden Nachfrage aus dem In- und Ausland dürfte die Produktion der Investitionsgüterindustrie 2017 nur um rund 1,0% höher ausfallen. Die Konsumgüterproduktion ist in geringerem Umfang konjunkturellen Schwankungen unterworfen als die übrigen Industriesparten. Die bis zuletzt positiven Meldungen zum ifo Konjunkturtest und die anhaltende Zunahme der privaten Konsumausgaben legen einen moderaten Anstieg des realen Produktionsvolumens im Jahr 2017 nahe. Mit einem geschätzten Zuwachs von etwa 0,5% wird die Rate des Vorjahres aber voraussichtlich nicht erreicht. Die Vorleistungsgüterproduktion hat im Jahr 2016 spürbar an Dynamik verloren. Die Aussichten für diesen Bereich bleiben angesichts der geringen Nachfragedynamik eingetrübt, so dass die Produktion 2017 wohl stagnieren wird.

Unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Gemeinschaftsdiagnose besteht für die industrielle Entwicklung 2018 wieder etwas mehr Zuversicht. Positiv schlagen für die deutsche Industrie die gute Wettbewerbsposition, gespeist aus der hohen Innovationskraft, und die starke internationale Vernetzung zu Buche. Als Risiken sind die Folgen der Brexit-Entscheidung und protektionistische Tendenzen zu nennen. Unter der Voraussetzung, dass die konjunkturellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen weitgehend stabil bleiben, ist ein geringfügig höheres Wachstum (+ 1,0%) zu erwarten. Dieses resultiert im Wesentlichen aus den Annahmen hinsichtlich der Entwicklung wichtiger Investitionsgüterbereiche (Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Maschinenbau), die unmittelbar auch auf die Vorleistungsindustrie ausstrahlen. In der Grundtendenz dürfte der Wachstumspfad der deutschen Industrie – ange-

sichts der auf den Weltmärkten für Maschinen und Anlagen zyklisch bedingten Nachfrageschwäche – weiterhin flach verlaufen. Die Suche nach durchgreifenden Wachstumsimpulsen geht weiter.

Die Rolle der Flüchtlingswelle bei der Deckung des Fachkräftebedarfs

Hubert Schöffmann, Leiter der Abteilung Berufliche Ausbildung Stellvertretender Bereichsleiter Berufliche Bildung – IHK für München und Oberbayern und Bildungspolitischer Sprecher BIHK e.V. – Bayerischer Industrie- und Handelskammertag e.V. beschäftigte sich mit dem die Tagung übergreifenden Thema, ob und wie der Zustrom von Flüchtlingen in den Jahren 2015 und 2016 genutzt werden kann, um die sich im kommenden Jahrzehnt öffnende Lücke beim Angebot an Fachkräften – bedingt durch den Rückgang der einheimischen Bevölkerung – zu schließen. Mit ihrem Bedarf an höher- und hochqualifizierten Arbeitskräften leidet besonders die Industrie unter dem sich spätestens seit den frühen 1980er Jahren abzeichnenden demographischen Wandel. Verschärft wird diese Entwicklung durch das nachlassende Interesse der Jugend an einer Ausbildung in MINT-Berufen.

Der Fachkräftemonitor der Industrie- und Handwerkskammer (IHK) weist für Bayern im Jahr 2030 einen Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften aus, der das Angebot um rund 500 000 Personen übersteigt. Gemessen am Niveau der Ausbildung wird demnach die Lücke mit rund 400 000 Arbeitskräften bei den beruflich Qualifizierten am höchsten sein. Differenziert nach Berufsgruppen werden die Engpässe bei den industrienahen Berufsgruppen, wie der Mechatronik, der Forschung und Entwicklung, der Grundstoffgüterproduktion, dem Maschinenbau und der Betriebstechnik, besonders gravierend sein. In diesen Disziplinen werden – gemessen an der gesamten Nachfrage nach Arbeitskräften – zwischen 35% und 43% der Arbeitsplätze nicht besetzt werden können. In den Dienstleistungsbereichen sind es vor allem die Sozial-, Heil- und Pflegeberufe, denen keine ausreichende Zahl an Arbeitskräften gegenübersteht.

Inwieweit und mit welchem Zeithorizont die Flüchtlinge zum Schließen dieser Lücke beitragen können, lässt sich – wenn auch nur grob – aus ersten Erhebungen der sozialen Struktur und vorhandenen Qualifikationen erahnen. Positiv zu werten ist das niedrige Durchschnittsalter der Immigranten, ebenso wie die vielfach hohe Motivation, sich eine Existenz aufzubauen. Gegen eine schnelle Integration spricht das überwiegend sehr niedrige Qualifikationsniveau. Beispielsweise muss bei den Flüchtlingen mit einer gegenüber Einheimischen um zwei bis drei Jahre längere Ausbildungszeit gerechnet werden, damit eine Beschäftigung als beruflich Qualifizierter möglich ist. Bei den Hochqualifizierten unter den Flüchtlingen zeigen sich ebenfalls Defizite in der Quali-

fikation, die einer schnellen Eingliederung in die moderne, technikgetriebene Arbeitswelt entgegenstehen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Integration der Flüchtlinge einen hohen Einsatz der deutschen Gesellschaft erfordert. Ein Erfolg ist notwendig, denn ein Scheitern der Bemühungen würde die Kosten aus der Zuwanderung explodieren lassen. Wichtige Voraussetzungen sind verlässliche Spielregeln für Unternehmen und Flüchtlinge. Hierbei geht es nicht nur um eine rasche Klärung, wer bleiben darf und wer nicht, sondern auch darum, dass eine effizient und effektiv betriebene Ausbildung eine Bleibeperspektive voraussetzt. Die Stärken der dualen Ausbildung müssen genutzt werden, Aus- und Weiterbildungskonzepte müssen an die neue Lage angepasst werden.

Branchenforum 2: Konjunkturelle Entwicklung im Handel

Gülsüm Orhan

Großhandel

Die Unternehmen des Großhandels bewerteten ihre Geschäftslage im Rahmen des ifo Konjunkturtests gegen Ende des Jahres per saldo etwas weniger häufig als gut. Die positiven Urteile hinsichtlich der Geschäftsentwicklung in den nächsten sechs Monaten hatten zu Beginn des Jahres abgenommen, zuletzt zeigten sie sich jedoch zunehmend optimistischer. Der Lagerdruck ist seit Anfang 2015 nahezu kontinuierlich gesunken. Folglich gaben die Händler an, in den nächsten drei Monaten höhere Bestellungen vornehmen zu wollen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Im gesamten Jahr 2015 war in der Branche ein leichter Umsatzrückgang zu beobachten (vgl. Abb. 4). Auch in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres verzeichnete die Branche einen Rückgang (-1,8%), der aber ausschließlich auf gesunkene Verkaufspreise zurückzuführen ist. Denn real war der Umsatz etwa ebenso hoch wie vor Jahresfrist. Die nominalen Umsätze des Großhandels werden wohl 2016 das Vorjahresergebnis verfehlen, real aber um etwa 1% zulegen. Für 2017 ist bei annahmegemäß konstanten Rohstoffpreisen von einem moderaten Wachstum auszugehen.

Im Produktionsverbindungshandel (Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren und Maschinen), der ein wichtiger Indikator für die Industrieproduktion und den Export ist, lagen die nominalen Umsätze im letzten Jahr um 4,3% niedriger als im Jahr davor, was real einem Rückgang um 1,2% entspricht (vgl. Abb. 5). Auch in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres sind sie wieder gesunken, obwohl es Ende 2015 zu einer leichten Belebung gekommen war. Sie verfehlten das Ergebnis der ersten acht Monate des Vorjahres um 5,2% (real: -1,2%). Der baunahe Großhandel wird 2016 von der wieder stärkeren Zunahme der Bauinvestitionen profitieren. Die erwartete Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Bau- und Ausrüstungsinvestitionen wird im Jahr 2016 allerdings nicht ausreichen, um den preisbedingten Umsatzrückgang im Vertrieb von Rohstoffen und Halbwaren auszugleichen. Somit ist für den gesamten Produktionsverbindungshandel von schrumpfenden nominalen Umsätzen auszugehen. Unterstellt man für das

Jahr 2017 keinen weiteren Rückgang der Verkaufspreise im Bereich der Vorprodukte, so werden die nominalen Umsätze des Produktionsverbindungshandels steigen.

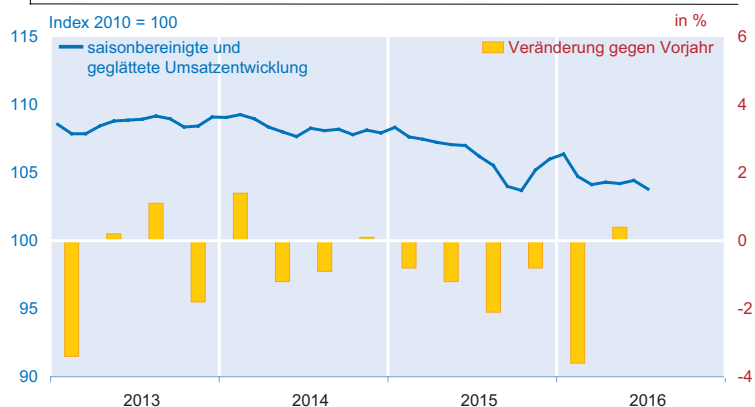
Die Umsätze des Konsumgütergroßhandels haben nach deutlichen Impulsen zur Jahreswende im Verlauf der ersten acht Monate 2016 das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um nominal 2,0 und real 0,9% übertroffen (vgl. Abb. 6). Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen lassen für das gesamte Jahr eine lebhaftere Umsatzentwicklung erwarten. Der Konsumgütergroßhandel als Lieferant des Einzelhandels und gastronomischer Betriebe profitiert von der positiven Entwicklung des verfügbaren Einkommens privater Haushalte, sein Umsatz wird weiter steigen.

Einzelhandel

Das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) tendierte gegen Ende des Jahres wieder leicht nach oben, nachdem vor allem im ersten Halbjahr die

Abb. 4

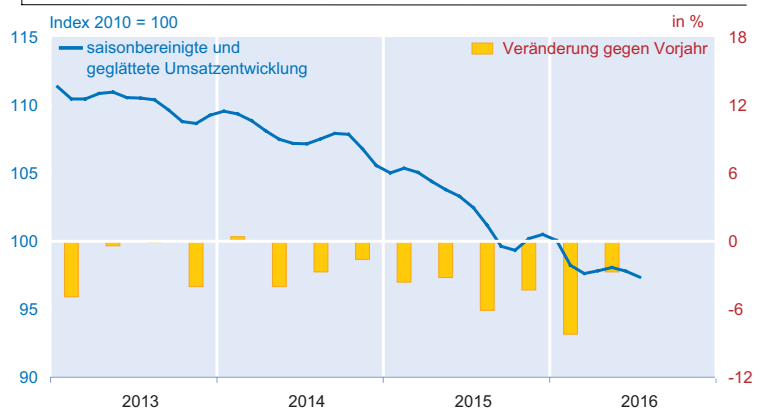
Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

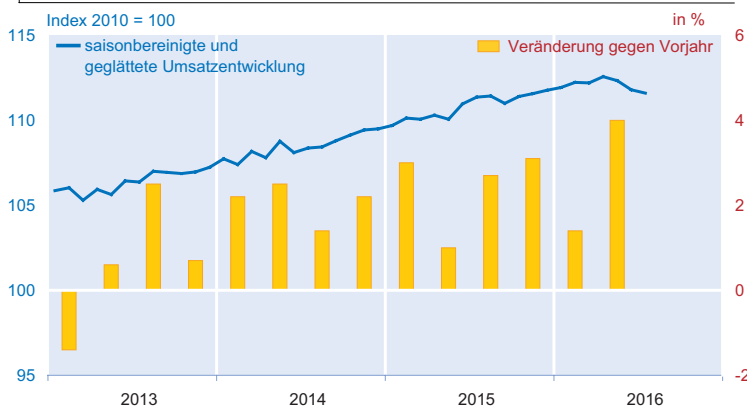
Abb. 5

Entwicklung der nominalen Umsätze im Produktionsverbindungshandel



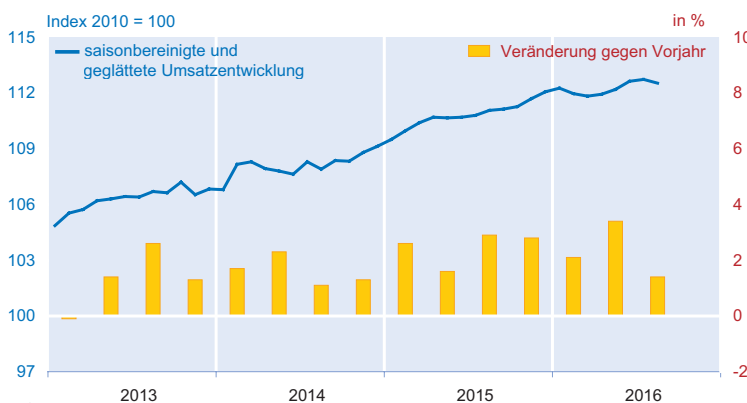
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 6
Entwicklung der nominalen Umsätze im Konsumgütergroßhandel



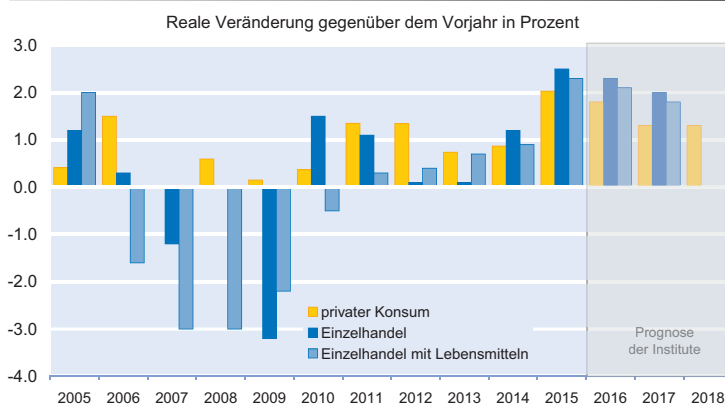
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 7
Entwicklung der nominalen Umsätze im Einzelhandel^{a)}



^{a)} Ohne Kraftfahrzeughandel.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 8
Entwicklung der Einzelhandelsumsätze, Lebensmittelumsätze und des privaten Konsums



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

positiven Urteile an Gewicht verloren hatten. Die Unternehmen bewerteten ihre Geschäftslage im Herbst nicht mehr ganz so positiv wie in den ersten Monaten des laufenden Jahres. Im Hinblick auf die Geschäftsentwicklung in den

nächsten sechs Monaten hielten sich die positiven und negativen Urteile in etwa die Waage. Bei abnehmendem Lagerdruck wollten sie bei der Vergabe von Bestellungen weiterhin zurückhaltend bleiben.

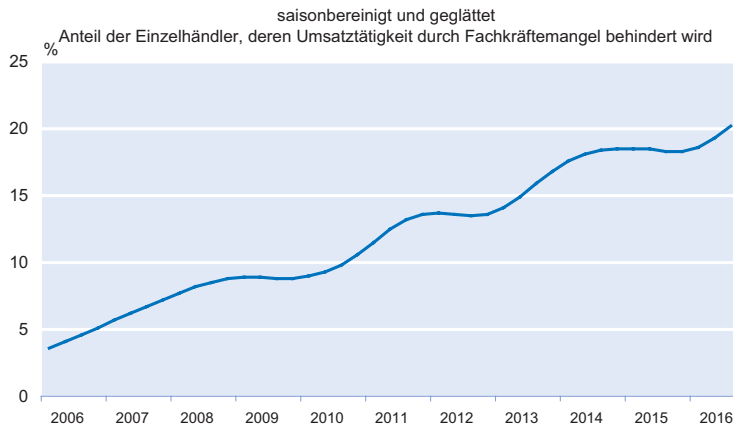
Die nominalen Umsätze der Branche verzeichneten im Jahr 2015 einen beachtlichen Anstieg (vgl. Abb. 7). Insbesondere im ersten Halbjahr 2016 war die Entwicklung der nominalen Umsätze zwar durch eine leichte konjunkturelle Delle gekennzeichnet. Den Daten des Statistischen Bundesamtes zufolge, lagen sie aber in den ersten neun Monaten insgesamt um 2,3% höher als im Vorjahreszeitraum. Real ergab sich ein Plus von 2,1%. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind derzeit günstig. Der seit 2014 anhaltende robuste Aufschwung der deutschen Wirtschaft setzt sich fort. Den Ergebnissen der Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2016 zufolge wird der private Konsum vor dem Hintergrund einer positiven Beschäftigungsentwicklung sowie höherer Transfer-einkommen kräftig expandieren. Er dürfte 2016 um real 1,8% (nominal: + 2,4%) zulegen. Aufgrund niedriger Zinsen und der damit einhergehenden günstigen Finanzierungsbedingungen ist es nach wie vor vergleichsweise unattraktiv, Geld auf die Seite zu legen. Dies fördert die Entwicklung des privaten Verbrauchs. Das verfügbare Einkommen wird voraussichtlich mit einer ähnlichen Rate (+ 2,6%) zulegen wie die privaten Konsumausgaben, wobei die zunehmende Beschäftigung (+ 524 000 Personen) maßgeblich ins Gewicht fällt. Für das gesamte Jahr 2016 lassen die Prognosen der relevanten gesamtwirtschaftlichen Einflussfaktoren also erwarten, dass der Einzelhandel die Umsätze sowohl nominal als auch real steigern kann.

Wesentlich stärker als im Durchschnitt des gesamten Einzelhandels erhöhten sich die Umsätze im katalog- und internetbasierten Versandhandel. Sie übertrafen im Zeitraum von Januar bis September das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 5,7% (real: 5,1%). Im stationären Einzelhandel waren die nominalen Umsätze in den ersten neun Monaten um 2,3% höher als vor Jahresfrist (real: 1,8%).

Im Jahr 2017 werden die nominalen Umsätze des Einzelhandels insgesamt sowie der beiden Teilbereiche, Lebensmittelhandel und Nicht-Lebensmittelhandel, weiter steigen

Abb. 9

Zunehmender Fachkräftemangel in Einzelhandel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

und einen ähnlichen Zuwachs wie 2016 erreichen. Aufgrund einer leicht zunehmenden Sparquote wird sich der private Konsum etwas weniger erhöhen. Auch 2017 wird der Umsatz des Einzelhandels mit der Entwicklung des privaten Verbrauchs nicht Schritt halten können.

Zuwanderung – Chancen und Herausforderungen für den Einzelhandel

Im letzten Jahr kamen 890 000 Asylsuchende nach Deutschland. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres ging die Zahl jedoch auf 213 000 zurück. Aus Sicht des Einzelhandels bedeutet der Flüchtlingszuzug einerseits eine Vergrößerung der Konsumentenbasis und andererseits – langfristig – potenzielle neue Arbeitskräfte bzw. Selbständige. Die stark gestiegenen Umsätze im Einzelhandel 2015 sind in erster Linie auf die steigenden Nettolöhne und -gehälter, auf die Rekordbeschäftigung sowie auf die niedrige Inflation zurückzuführen (vgl. Abb. 8). Da im letzten Jahr mit einem Wachstum der realen Umsätze um 2,5% ein neuer Rekordwert verzeichnet wurde, ist jedoch auch teilweise ein Einfluss des Anstiegs der Konsumentenanzahl durch den Flüchtlingszustrom zu vermuten. Auch das starke Wachstum des privaten Konsums sowie der Lebensmittelumsätze bekräftigen diese Annahme.

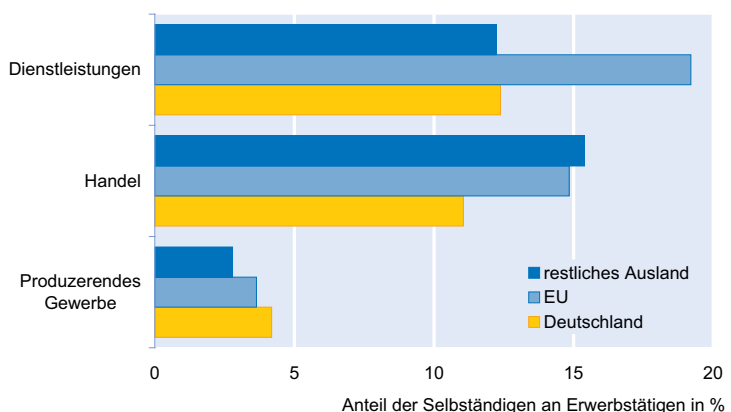
Wie erwähnt, können Flüchtlinge auch als potenzielle Arbeitskräfte für den Einzelhandel in Frage kommen. Der Fachkräftemangel im Einzelhandel macht sich immer stärker bemerkbar, was auch durch die Ergebnisse des ifo Konjunkturtests bestätigt wird (vgl. Abb. 9). Darüber hinaus werden auch Auszubildende in der Branche händeringend gesucht. Die Tatsache, dass im Zeitraum zwischen Januar und September 2016 fast 70% der Asylbeantragsteller im erwerbsfähigen

Alter (zwischen 16 und 64 Jahren) waren, wirft die Frage auf, ob der Personalmangel im Einzelhandel durch die Asylbewerber abgemildert werden kann. Mit Blick auf den Bildungshintergrund der Flüchtlinge, lässt sich feststellen, dass ein Viertel der Asylbewerber als unqualifiziert einzuschätzen ist. Rund ein Drittel verfügen nur über einen Grundschulabschluss. Die Vorstellung einer schnellen, vollständigen und reibungslosen Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt ist also nicht realistisch. Auch die Ergebnisse der Randstad-ifo-Personalleiterbefragung im vierten Quartal 2015 weisen in diese Richtung. Nur 7% der befragten Personalleiter gaben an, innerhalb der letzten 24 Monate Flüchtlinge in ihrem Unternehmen beschäft-

tigt zu haben oder aktuell zu beschäftigen. Mit 6% lag der Anteil der Handelsunternehmen, die Erfahrung mit Flüchtlingen haben, leicht unter dem Gesamtdurchschnitt. Dieser niedrige Wert ist laut der befragten Handelsunternehmen in erster Linie auf das Problem der fehlenden Sprachkenntnisse von Flüchtlingen zurückzuführen. Die fehlenden Sprachkenntnisse sind insbesondere im Einzelhandel relevant, da die Beschäftigten hier mit den Kunden interagieren und sie gegebenenfalls auch beraten müssen. Qualifikation und rechtliche Rahmenbedingungen stellen für die Handelsunternehmen eine weitaus kleinere Hürde dar. Auch die Frage, ob und inwieweit sich Asylbewerber als Selbständige in den Arbeitsmarkt integrieren lassen, ist von Bedeutung. Laut Mikrozensus haben die Migranten aus dem Nicht-EU Ausland mit 15,4% die höchste Selbständigenquote im Handel, gefolgt von den Erwerbstätigen aus dem EU-Ausland und den deutschen Erwerbstätigen (vgl. Abb. 10). Migranten aus dem Nicht-EU Ausland, worunter auch die Flüchtlinge aus Syrien, Irak etc. gezählt werden, wagen sich also insgesamt eher in die Selbständigkeit als andere Migranten bzw. Einheimische, was vorrangig auf die strukturellen Defizite der Privat-

Abb. 10

Selbständigenquote nach Branche und Nationalität



Quelle: Mikrozensus Deutschland 2012; Berechnungen des ifo Instituts.

wirtschaft in diesen Ländern zurückzuführen ist. Ausgehend von dieser Tatsache, ist im Einzelhandel zumindest mit Impulsen durch Neueröffnungen zu rechnen, von dem vor allem der Lebensmitteleinzelhandel profitieren dürfte.

Wenn Angst Analyse ersetzt – Entwicklungstrends im deutschen Einzelhandel

Manuel Jahn, Leiter der Branchenbereiche Financial Services und Fashion & Lifestyle des Marktforschungsunternehmens GfK, gab einen Überblick über die Herausforderungen, mit denen sich vor allem der Ladeneinzelhandel konfrontiert sieht. Von dem anhaltenden Kaufkraftzuwachs kann der Einzelhandel nur anteilig profitieren. Grund hierfür ist die Tatsache, dass die Kaufkraft zum Teil in einzelhandelsfremde Sektoren, wie Wohnungsbaufertigstellungen oder Ausgaben für Renovierungen, fließt. Während der Lebensmittelhandel von der guten Konsumstimmung profitiert, haben die Bekleidungs- und die Schuhbranche mit großen Problemen zu kämpfen. Der Online-Handel verzeichnet im Vergleich zum stationären Handel zwar überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten, die Dynamik seines Wachstums lässt aber zunehmend nach. Einen besonderen Schwerpunkt legte Jahn auf die Analyse der verschiedenen Vertriebskanäle. Mit 71% generieren die Cross-Channel-Käufer die meisten Ausgaben und machen einen Anteil von 54% unter den Konsumenten aus. Zudem ändert sich das Surf-Verhalten von Konsumenten hinsichtlich des Zugangsmediums. Das Handy als Hauptquelle für den Kundenkontakt wird immer bedeutender. Die Zukunft des Einzelhandels ist aber keine Frage des Vertriebskanals, sondern der klaren Positionierung und Ausrichtung auf grundlegende Kundenbedürfnisse wie die Erwartungen der Konsumenten nach Einkaufserlebnissen einerseits sowie hinsichtlich preisgünstiger und schneller Routineeinkäufe andererseits.

Ihr Schlaf in besten Händen – Bettenfachhandel in der digitalisierten Welt

Der Geschäftsführer der Betten Rid GmbH in München, Robert Waloßek, berichtete darüber, wie sein Unternehmen auf die Digitalisierung und die Veränderung im Kaufverhalten des Kunden reagiert. In Zeiten, in denen Kunden sehr gut informiert sind und online wie offline einkaufen, misst er der Schaffung von Einkaufserlebnissen und der Verzahnung digitaler Kanäle mit dem stationären Geschäft eine hohe Bedeutung zu. Auch die Wareninszenierung sowie die kontinuierliche Verfügbarkeit von Waren sind für den Erfolg ausschlaggebende Faktoren. Die Veranstaltung von Events sorgt durch Emotionalisierung für eine stärkere Kundenbindung. Die Grenzen zwischen Handel, Dienstleistung, Gastronomie und Entertainment lösen sich zunehmend auf. Die Differenzierung im Wettbewerb durch Kompetenz und das

Angebot von individualisierten Produkten sind für sein Unternehmen von großer Bedeutung. Die neue Strategie ist nicht zuletzt der Kunden- und Mitarbeiterbefragung aus dem Jahr 2012 zu verdanken. Nach Herrn Waloßek wurde, ausgehend von dieser Befragung, die Zielgruppe seines Unternehmens ausgeweitet. Während bis vor einigen Jahren nur der konservativetablierte, traditionelle Kunde angesprochen wurde, will sein Unternehmen nun auch die sogenannte »moderne« Zielgruppe, für die vor allem Selbstverwirklichung im Mittelpunkt steht, erreichen. Für die gezieltere Ansprache dieser Zielgruppen ist sein Unternehmen Kooperationen mit Schlafberatern und Orthopäden eingegangen. So haben ihre Kunden die Möglichkeit, sich bei Schlaf- oder Rückenproblemen direkt an diese Experten zu wenden und sich beraten zu lassen. Auch branchenübergreifende Zusammenarbeit innerhalb des Einzelhandels findet statt. Einige alt eingesessene Handelsfamilien Münchens haben sich zu einer Wertegemeinschaft zusammengeschlossen und bieten ihren Kunden beispielsweise gemeinsame Kundenaktionen an.

Branchenforum 3: Konjunkturelle Entwicklung im Bausektor

Ludwig Dorffmeister und Matijas Kocijan

In den vier Jahren 2012 bis 2015 haben die Bauinvestitionen hierzulande insgesamt um nur 1,6% zugenommen. Im Gegensatz dazu dürften die Bauleistungen 2016 um mehr als 3% und 2017 dann um nahezu 2% wachsen (vgl. Tab. 3). Die stärksten Impulse kommen dabei aus dem Wohnungsneubau, während die Maßnahmen im Wohngebäudebestand alles in allem weiter zurückgehen werden. Aber auch die gewerblichen sowie die öffentlichen Bauaktivitäten dürften – nach Rückgängen im vergangenen Jahr – bis 2017 wieder zulegen. Für 2018 geht die Prognose von einer rückläufigen Nachfrage im Wirtschaftsbau aus. Wohnungsbau und öffentlicher Bau werden hingegen weiter wachsen – allerdings mit deutlich reduziertem Schwung.

Wohnungsneubau profitiert von vorübergehenden Sondereffekten, ...

Im Wohnungsbau sind die Neubaugenehmigungen zuletzt weiter kräftig gestiegen. Dabei ist das deutliche Plus bei den Wohnungen in neuerrichteten Mehrfamiliengebäuden wohl vorwiegend auf die Aktivitäten von Ländern und Kommunen in Folge des sehr großen Zustroms von Flüchtlingen zurück-

zuführen. Aufgrund des massiven Drucks auf die Gemeinden, rasch zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, wurden seit dem Herbst 2015 »alle Hebel in Bewegung gesetzt«, was etwa die Baulandbereitstellung, die Genehmigungsprozesse als auch die Wohnungsbauaktivitäten der öffentlichen Hand betrifft. Mittelfristig wird die Schlagzahl aber nicht zu halten sein. Der private Wohnungsbau wird die dadurch entstandene Lücke – aufgrund der zahlreichen Probleme wie Baulandknappheit, hohe Bau(neben)kosten oder Anwohnerproteste – jedoch nicht vollständig schließen, geschweige denn die Genehmigungszahlen weiter erhöhen können.

Auch im Ein- und Zweifamilienhausbau gibt aktuell ein Sondereffekt den Ton an. Denn durch die Verschärfung der Energieeinsparverordnung (EnEV) zum 1. Januar 2016 haben zahlreiche potenzielle Bauherren ihre Vorhaben zeitlich vorgezogen. Durch die rechtzeitige Eingabe eines Bauantrags bis zum Jahresende 2015 dürfen diese nun noch nach den »alten«, kostengünstigeren Vorschriften bauen. Aufgrund des damit einhergehenden »Vorratscharakters« vieler Genehmigungen wird die Umsetzung allerdings einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen als unter »normalen« Umständen. Die Baunachfrage nach neuen Ein- und Zweifamilienhäusern wird sich mittelfristig wohl nicht wesentlich beleben. Daraus resultiert für die Jahre 2017 und 2018 eine schwächere Genehmigungstätigkeit als 2016, da insbesondere im ersten Halbjahr 2016 die meisten der eingereichten Bauanträge genehmigt werden dürften, die noch kurz vor dem Jahreswechsel eingereicht worden waren.

Tab. 3
Bauinvestitionen in Deutschland nach Bauarten 2009 bis 2018
Verkettete Volumenangaben in Mrd. Euro (Referenzjahr: 2010)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 ^{a)}	2017 ^{a)}	2018 ^{a)}
Wohnungsbau	127,76	133,27	146,58	151,55	150,39	154,84	157,09	163,4	167,5	168,3
Nichtwohnbau	102,08	103,86	109,85	106,20	104,41	104,82	103,37	105,4	106,5	106,3
davon:										
gewerblicher Bau	69,71	70,59	75,74	74,94	73,20	73,31	72,49	73,6	74,1	73,4
- gew. Hochbau	54,89	54,58	59,28	58,81	57,41	57,47	56,79	57,4	57,6	57,1
- gew. Tiefbau	14,85	16,01	16,46	16,12	15,79	15,84	15,69	16,2	16,4	16,3
öffentlicher Bau	32,36	33,27	34,11	31,25	31,19	31,50	30,86	31,8	32,5	32,9
- öff. Hochbau	12,55	13,84	13,61	11,70	11,58	11,11	10,74	11,1	11,3	11,6
- öff. Tiefbau	19,80	19,43	20,51	19,55	19,61	20,39	20,12	20,7	21,1	21,4
Insgesamt	229,84	237,12	256,42	257,73	254,79	259,62	260,43	268,8	274,0	274,6
Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 ^{a)}	2017 ^{a)}	2018 ^{a)}
Wohnungsbau	- 3,4	- 4,3	10,0	3,4	- 0,8	3,0	1,5	4,0	2,5	0,5
Nichtwohnbau	- 3,4	1,7	5,8	- 3,3	- 1,7	0,4	- 1,4	2,0	1,1	- 0,2
davon:										
gewerblicher Bau	- 5,1	1,3	7,3	- 1,1	- 2,3	0,1	- 1,1	1,5	0,6	- 0,9
- gew. Hochbau	- 6,3	- 0,6	8,6	- 0,8	- 2,4	0,1	- 1,2	1,0	0,5	- 1,0
- gew. Tiefbau	- 0,9	7,8	2,8	- 2,1	- 2,0	0,3	- 0,9	3,5	1,0	- 0,5
öffentlicher Bau	0,6	2,8	2,6	- 8,4	- 0,2	1,0	- 2,0	3,0	2,2	1,3
- öff. Hochbau	7,1	10,3	- 1,7	- 14,0	- 1,0	- 4,1	- 3,3	3,0	2,5	2,0
- öff. Tiefbau	- 3,1	- 1,9	5,5	- 4,7	0,3	4,0	- 1,3	3,0	2,0	1,0
Insgesamt	- 3,4	3,2	8,1	0,5	- 1,1	1,9	0,3	3,2	1,9	0,2

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – Hinweis: Bauinvestitionen bereinigt um die Immobilientransaktionen zwischen Staats- und Unternehmenssektor.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

Tab. 4
Wohnungsgenehmigungen und -fertigstellungen in Deutschland nach Gebäudearten 2009 bis 2018
 1 000 Wohnungen

Genehmigungen	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 ^{a)}	2017 ^{a)}	2018 ^{a)}
In neu errichteten Wohngebäuden	153,7	164,6	200,1	212,6	237,3	246,0	268,0	310	285	285
davon in:										
Ein- und Zweifamiliengebäuden	90,1	94,7	111,3	106,7	110,3	107,3	116,0	125	105	110
Mehrfamiliengebäuden ^{b)}	63,7	69,9	88,8	105,9	127,0	138,7	151,9	185	180	175
Sonstige Genehmigungen ^{c)}	23,8	23,0	28,3	28,5	35,2	39,1	45,3	55	55	45
Wohnungen insgesamt	177,6	187,6	228,3	241,1	272,4	285,1	313,3	365	340	330
Fertigstellungen	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 ^{a)}	2017 ^{a)}	2018 ^{a)}
In neu errichteten Wohngebäuden	136,5	140,1	161,2	176,6	188,4	216,1	216,7	260	275	285
davon in:										
Ein- und Zweifamiliengebäuden	83,9	85,4	97,0	100,3	102,2	106,8	102,7	120	115	105
Mehrfamiliengebäuden ^{b)}	52,6	54,7	64,2	76,3	86,2	109,3	114,0	140	160	180
Sonstige Fertigstellungen ^{c)}	22,5	19,7	21,9	23,8	26,4	29,2	31,0	40	50	50
Wohnungen insgesamt	159,0	159,8	183,1	200,5	214,8	245,3	247,7	300	325	335

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – ^{b)} Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen. – ^{c)} In bestehenden Gebäuden (saldiert) sowie in neu errichteten Nichtwohngebäuden.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

Beide Effekte zusammengenommen führen dazu, dass die Wohnungsgenehmigungen in neuerrichteten Wohngebäuden 2016 mit insgesamt 310 000 Wohneinheiten um rund 40 000 über dem Wert des Vorjahres liegen werden (vgl. Tab. 2). Die oben beschriebenen, negativen Effekte führen dann aber zu einer Abschwächung der Genehmigungstätigkeit auf nur noch rund 285 000 Einheiten im kommenden Jahr.

... wird aber seine Ziele verfehlen

Zusammen mit den »sonstigen Genehmigungen« – dies betrifft genehmigte Wohnungen in bestehenden Gebäuden sowie in neuen Nichtwohngebäuden – dürfte die Genehmigungszahl für 2016 sogar bei etwa 365 000 Wohnungen liegen. Wegen diverser Verzögerungen im Genehmigungs-, Planungs- und Bauprozess werden die Fertigstellungen aber weiter deutlich hinterherhinken. Zudem spricht einiges für eine geringere Realisierungsquote. So dürften etliche Vorhaben, die während des Höhepunkts des Flüchtlingszustroms von den Gemeinden geplant wurden, nicht umgesetzt werden, da sich inzwischen das Ausmaß des Zuzuges deutlich verringert hat. Zusammen mit der eher schleppenden Kapazitätsausweitung im Ausbaugewerbe ist davon auszugehen, dass das vorgegebene Ziel von 350 000 bis 400 000 Wohnungsfertigstellungen pro Jahr bis 2018 nicht erreicht werden wird. Auch für spätere Jahre stehen die Chancen nicht besonders gut, solange nicht wesentliche Hürden bei der Baulandversorgung aus dem Weg geräumt, die Vielzahl an Vorschriften sichtlich reduziert und beispielsweise lokale Engpässe bei der Verkehrsinfrastruktur zügig beseitigt werden.

In den zehn Jahren 2006 bis 2015 wurde jedes Jahr beträchtlich mehr in den Wohnungsbestand investiert als in

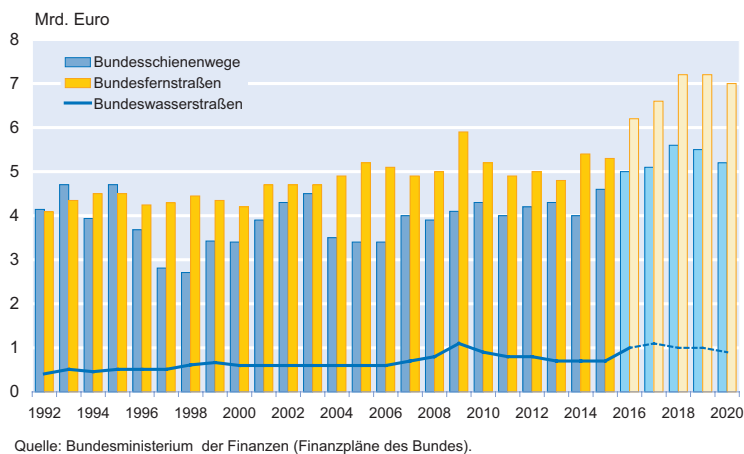
jedem Jahr in der ersten Hälfte des ersten Jahrzehntes nach der Jahrtausendwende. Der bis 2005 aufgelaufene Investitionsrückstand wurde somit merklich abgebaut. Im Gegensatz zum Wohnungsneubau dürfte sich in den kommenden Jahren der Umfang der Bestandsmaßnahmen rückläufig entwickeln – auch wenn nicht von erheblichen Einbußen auszugehen ist. Für insgesamt leicht zurückgehende Bestandsleistungen spricht zudem die Tatsache, dass die Energiepreise wesentlich gesunken sind und nunmehr vermehrt die »problembehafteten« Immobilien mit Modernisierungen an der Reihe sind. Darunter fallen etwa Wohnungen in Regionen mit sinkenden Mieten oder Wohngebäude, deren Eigentümer nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen.

Die kontinuierlichen Einbußen im noch immer wesentlich wichtigeren Bestandsmarkt werden die Zuwächse im Neubausegment teilweise ausgleichen. Es bleibt jedoch für die Wohnungsbauinvestitionen insgesamt im laufenden Jahr ein noch immer beachtlicher Anstieg von rund 4%. Mit nachlassender Dynamik im Neubaubereich wird sich das Wachstum im Wohnungsbau bis 2018 dann auf 0,5% verringern.

Wirtschaftsbau mit Seitwärtsbewegung auf ansehnlichem Niveau

Die Bauleistungen, die von Unternehmen in Auftrag gegeben werden, liegen aktuell auf einem recht passablen Niveau. Momentan werden – in preisbereinigter Betrachtung – jährlich rund 7 Mrd. Euro mehr in gewerbliche Bauten investiert als noch 2005. Allerdings war seit dem Jahr 2011 keine größere Ausweitung der Bautätigkeit mehr zu beobachten.

Abb. 11

Investitionsausgaben des Bundes in die Bundesverkehrsinfrastruktur

Abgesehen von den konjunkturellen Schwankungen bewegt sich der Markt seit einigen Jahren seitwärts. Daran wird sich bis Ende 2018 vermutlich auch wenig ändern.

Die zwischenzeitlich gestiegene Zahl an Neubauanträgen wird sich in den Jahren 2016 und 2017 vermutlich positiv auf die Hochbaunachfrage auswirken, allerdings zu keiner erheblichen Ausweitung der Hochbautätigkeit führen. Dieser kleine »Zwischenspur« dürfte auch mit einer eher zurückhaltenden Neubauanfrage in den Vorjahren zu tun haben. Insgesamt gehen vom gewerblichen Hochbau deutlich schwächere Impulse aus als vom Tiefbau. Dafür zeichnen sich unter anderem das nur noch moderate Wachstum der Auslandsnachfrage nach heimischen Produkten oder die zunehmende Auslandsproduktion verantwortlich. Neben einer Verschlechterung des inländischen Investitionsklimas agieren die Firmen aber auch wegen diverser geopolitischer Krisen und anderer Unsicherheitsfaktoren, wie der Brexit-Entscheidung, weiterhin vorsichtig.

Der wieder etwas kräftigere Anstieg der gewerblichen Baunachfrage in den Jahren 2016 und 2017 resultiert insbesondere aus zwei Sondereffekten, von denen der Wirtschaftstiefbau profitiert. Einerseits hat der Bund seine Zuschüsse an die Deutsche Bahn AG für Investitionen in die Bundesschienenwege inzwischen deutlich angehoben. Andererseits macht sich auch die Breitbandförderung des Bundes für unterversorgte ländliche Gebiete vorübergehend positiv bemerkbar. Dämpfend wirkt hingegen die ungünstige Entwicklung im wichtigen Energiebereich.

Während der Wirtschaftshochbau in den beiden Jahren 2016 und 2017 insgesamt um lediglich 1½% wachsen dürfte, wird der Tiefbau im selben Zeitraum voraussichtlich um rund 4½% zulegen. Für das Jahr 2018 ist hingegen in beiden Teilsegmenten von einem Rückgang auszugehen. Der Gewerbebau insgesamt dürfte dann um knapp 1% schrumpfen.

Öffentlicher Bau profitiert von höheren Investitionen des Bundes ...

Gemessen an den Bauinvestitionen stellt der öffentliche Bau die mit Abstand kleinste der drei Bausparten dar. So kam die öffentliche Baunachfrage 2015 lediglich auf knapp 35 Mrd. Euro, während auf den Wohnungsbau fast 180 Mrd. Euro und auf den Wirtschaftsbau gut 80 Mrd. Euro entfielen (jeweils zu Preisen von 2015). Die öffentlichen Auftraggeber lenken durchschnittlich fast zwei Drittel ihrer jährlichen Bauausgaben in den Tiefbaubereich. Gemäß der aktuellen ifo-Prognose dürfte dieses Segment in den Jahren 2016 bis 2018 in der Summe um gut 6% wachsen.

Ein wesentlicher Grund für diese günstige Entwicklung ist die derzeitige Investitionsoffensive des Bundes. So sind gegenwärtig zwei Investitionsprogramme im Gange, die unter anderem den Bundesfernstraßen sowie den Bundeswasserwegen zugutekommen (vgl. Abb. 11). Im Fernstraßenbau dürften die Bauausgaben auch über das Jahr 2018 hinaus hoch gehalten werden, da mit der für Mitte 2018 geplanten Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen das dann erreichte jährliche Investitionsniveau stabilisiert werden soll.

... und der weiteren Verbesserung der kommunalen Finanzlage

Neben den Bundesländern, von denen einige inzwischen deutlich vergrößerte Investitionsspielräume vorfinden, blicken auch etliche Gemeinden wieder positiver in die Zukunft. Hauptgrund dafür sind die wiederholten finanziellen Zugeständnisse des Bundes. Zuletzt ist der Bund den Ländern und Gemeinden bei den Folgekosten der Flüchtlingszuwanderung sowie bei der Neuordnung des Bundesfinanzausgleichs entgegengekommen. Überdies wurde kürzlich die Verdopplung des Investitionsfonds für finanzschwache Kommunen von insgesamt 3,5 auf nun 7 Mrd. Euro bis zum Jahr 2020 beschlossen. Positiv dürfte sich auch die bereits zugesagte finanzielle Entlastung der Kommunen um 5 Mrd. Euro ab 2018 auswirken. Bei all diesen Zuweisungen darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Finanzlage in vielen Kommunen immer noch als problematisch eingeschätzt wird. Vor allem die überproportional steigenden Sozialausgaben werden etlichen Gemeinden auch weiterhin das Leben schwer machen.

Für den öffentlichen Hochbau geht die Investitionsprognose von einem Anstieg in den drei Jahren bis 2018 von insgesamt gut 7½% aus. Der gesamte öffentliche Bau dürfte bis dahin um mehr als 6½% wachsen. Preisbereinigt dürften

die öffentlichen Bauausgaben 2018 um gut 2 Mrd. Euro über dem Wert des Jahres 2015 liegen.

Binnenwanderung im Zeichen des »Schwarmverhaltens«

Der erste externe Expertenbeitrag behandelte das Thema »Wohnungsnachfrage angesichts von Binnenwanderung, Flüchtlingszuwanderung und Leerständen«. So erinnerte Lukas Weiden, empirica ag, an gar nicht so weit zurückliegende Zeiten, in denen die weitere Entspannung an den deutschen Wohnungsmärkten im Zentrum der öffentlichen Diskussion stand. Inzwischen hat sich die Situation aber grundlegend verändert, und in einigen Regionen liegt ein ausgeprägter Wohnungsmangel vor.

Weiden stellte daher eingangs die Frage, woher eigentlich die Wohnungsknappheit angesichts einer lange Zeit schrumpfender Bevölkerung herrührt. Der Analyse von empirica zufolge, spielt dabei das sogenannte Schwarmverhalten der Berufsanfänger, abgebildet in der Altersgruppe der 25- bis unter 34-Jährigen, eine entscheidende Rolle. Bildlich gesprochen, steigen die Angehörigen dieser Altersgruppe wie Vögel aus der Fläche auf und finden sich in bestimmten »attraktiven« Städten in Schwärmen zusammen. Hierzu zählen neben den »üblichen Verdächtigen« wie München oder Berlin auch etwa Leipzig oder Offenbach.

Bislang ist allerdings noch nicht richtig klar, was eine Stadt zu einer Schwarmstadt macht. Auf jeden Fall stellt das Wachstum des lokalen Arbeitsplatzangebotes eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung dar. Vielmehr ist es nämlich häufig so, dass viele Zugezogene dieser Altersgruppe lediglich im nahen Umland der Schwarmstadt oder sogar in weiter entfernten Regionen arbeiten, Stichwort »Auspendler«. Eine begünstigende Voraussetzung dieser Entwicklung ist darüber hinaus sicherlich die wesentlich schwächere Besetzung der jüngeren Altersgruppen. So gibt es in zahlreichen Regionen mittlerweile aufgrund fehlenden »Nachwuchses« keine Sportvereine mehr.

Die Berufseinsteiger finden sich dagegen überwiegend an ausgewählten Orten zusammen. Vermutlich wird sich das Schwarmverhalten in den nächsten Jahren weiter verstärken, denn die gestiegene Attraktivität dieser Städte zieht weitere, jüngere Leute an. Auf der anderen Seite dürften auch die Unternehmen darauf reagieren und gerade dort in neue Arbeitsplätze investieren. Zudem werden auch die ursprünglich jungen Schwärmer immer älter und sesshaft; irgendwann gründen sie auch eine Familie. Konzentriert sich der Nachwuchs dann ebenfalls auf die Schwarmstädte, verstärkt sich die Entwicklung weiter.

Aus dem Schwarmverhalten resultieren, kurz gesagt, zwei Probleme. Zum einen führt es zu Wohnungsknappheit in

den wenigen Schwarmstädten. Zum anderen verstärkt es den Leerstand in vielen anderen Regionen. Gelingt es, dass jüngere Menschen vermehrt in den Schrumpfungsregionen gehalten werden können, dann könnten die daraus resultierenden ungünstigen Entwicklungen abgemildert werden. Bezogen auf die aktuelle Flüchtlingsproblematik würde deshalb einiges für eine konsequente Umsetzung der inzwischen beschlossenen Wohnortauflage sprechen.

Niederländische Baurechtsreform – ein Vorbild für Deutschland?

Han Joosten, Leiter Marktforschung BPD Deutschland/Niederlande, warb in seinem Vortrag mit dem Titel »Bau- und Planungsrecht in den Niederlanden: Weshalb sich das Leben schwer machen, wenn es auch einfach geht« für umfassende Reformen im deutschen Baurecht. Noch während der zurückliegenden Wohnungsmarktkrise stand auch im niederländischen Bausektor die »Risikominimierung« stark im Vordergrund. Joosten umschrieb diese Situation mit den Worten: »Pech sollte es nicht mehr geben.« Die Vielzahl an Regelungen im Planungs- und Baurecht verteuerten die Vorhaben allerdings deutlich.

Dies führte zur Überlegung, Vorschriften und Normen deutlich zu reduzieren – zu »entschlacken«. Die Menschen sind nämlich nicht glücklich und wohnen zufrieden, weil das Baugesetzbuch ihnen das verspricht, sondern weil das Wohnumfeld und ihre Wohnung ihren Bedürfnissen und Wünschen entsprechen. Bauvorhaben sollen sich deshalb weniger stark an zahlreichen Vorschriften orientieren, sondern gemeinsam von Verwaltung und Bürgern abgestimmt werden. Dabei gilt das Prinzip, dass die Verwaltung nichts anfasst, was schon positiv zwischen Projektentwickler und Bürgern läuft. Der Initiator der Bauvorhaben ist vor allem dafür verantwortlich, dass einerseits das öffentliche Interesse gewahrt wird und andererseits Kosten und Risiken transparent kommuniziert werden.

Mit dem neuen niederländischen Umgebungsgesetz werden ab 2018/2019 die Kommunen lediglich noch einen Umgebungsplan, der sämtliche Bebauungspläne, lokale Gesetze, Verordnungen und Vorschriften umfasst, benötigen. Alle Informationen sind dabei für den Bürger und den Unternehmer digital verfügbar. Die Abstimmung und Prüfung von Genehmigungsverfahren soll ebenfalls digital stattfinden, so dass das Verfahren drastisch beschleunigt wird. Bereits seit 2015 brauchen Projektentwickler nur noch eine Genehmigung, die alle benötigten Genehmigungen (z.B. Brandschutz, Umwelt, Energie) beinhaltet.

Der Referent stellte der deutschen Politik die Grundsatzfrage, ob eine Risikominimierung immer erstrebenswert sei. Er empfahl, unter anderem die Vorschriften im Baugesetzbuch um ein Viertel zu reduzieren und eine stärkere Digitalisierung vorzunehmen.

Branchenforum 4: Konjunkturelle Entwicklung im Dienstleistungssektor

Gernot Nerb und Przemyslaw Wojciechowski

Nach einem eher durchwachsenen Start in das Jahr 2016 setzte sich ab Jahresmitte wieder eine deutliche Besserung des Geschäftsklimas im Dienstleistungssektor durch. Zuletzt (Oktober) lag der Wert des Geschäftsklimaindikatoren nur geringfügig unter seinem bisherigen Höchststand vom Dezember 2015. Im vierten Quartal dürften die industrienahen Dienstleister zunehmend von der rascher steigenden Exportnachfrage in der Industrie und der sich belebenden Investitionskonjunktur profitieren. Die konsumnahen Dienstleister werden weiterhin von der lebhaften Nachfrage der privaten Haushalte begünstigt.

Der Dienstleistungssektor hat sich klar zum Jobmotor in Deutschland entwickelt. Im Zuge des Baubooms und des allgemein günstigen konjunkturellen Umfelds, wurden die Personalplanungen allerdings auch in den anderen Bereichen (Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe und Handel) zunehmend auf Expansion ausgerichtet. Dies wird durch das ifo Beschäftigungsbarometer gezeigt, in das die Personalplanungen der im Konjunkturtest befragten Firmen eingehen.

Die aus konjunktureller Sicht besonders interessanten unternehmensnahen Dienstleistungen werden – gemessen an den Umsatzzahlen zu jeweiligen Preisen – in diesem Jahr um fast 4%, 2017 um knapp 3,5% und 2018 um knapp 4% zulegen. Verglichen mit den Wachstumsraten des nominalen Bruttoinlandsprodukts, liegen diese Zuwächse jeweils rund einen halben Prozentpunkt höher.

Blick in die einzelnen Dienstleistungsbranchen

Nach Angaben der Bundesvereinigung Logistik (BLV) wurde in den Branchen **Verkehr und Lagerei (Transportwesen)** im Jahr 2015 branchenübergreifend ein Umsatz in Höhe von rund 240 Mrd. Euro erzielt. Damit ist die Logistik in Deutschland die drittgrößte Branche nach der Automobilindustrie und dem Maschinenbau. Die Branche ist stark von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Neben konjunkturellen Einflussfaktoren begünstigen weiterhin der anhaltende Trend zu einer möglichst geringen Lagerhaltung bei den Auftraggebern

der Transportfirmen sowie der schnell wachsende E-Commerce die Nachfrage nach schnellen, zuverlässigen Transporten über häufig weite Strecken. In den ersten vier Monaten des Jahres 2016 expandierte der nominale Umsatz im deutschen Internet- und Versandhandel um knapp 6% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Diese Nachfrageresteigerung strahlt auf die Kurier-, Express- und Paketbranche aus. Im vergangenen Jahr stiegen die Zahl der Sendungen um 5,9% und der Umsatz um 4,6%. Auch 2016 sind im Transportsektor leichte Zuwächse zu erwarten. Das Jahr begann relativ schwach, da offensichtlich gegen Ende letzten Jahres die Unternehmen in Deutschland, speziell in der Industrie, ihre Lager in Erwartung einer anziehenden Konjunktur aufstockten. Mittlerweile sind die Indikatoren für die Konjunktur insgesamt und auch für das Transportgewerbe nach oben gerichtet. 2016 dürfte die Beförderungsmenge im Landverkehr um 1,6% steigen. Für den Seeverkehr, der 2015 um 2,7% geschrumpft war, nicht zuletzt wegen der Rückgänge im Warenaustausch mit Russland und Asien, zeichnet sich in diesem Jahr ein Wachstum von 2,4% ab. Auch die Luftfracht dürfte auf den

Abb. 12
Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen

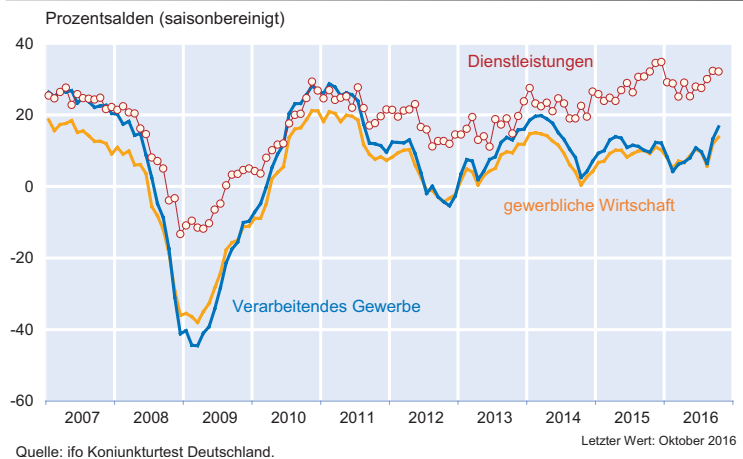


Abb. 13
Dienstleistungen

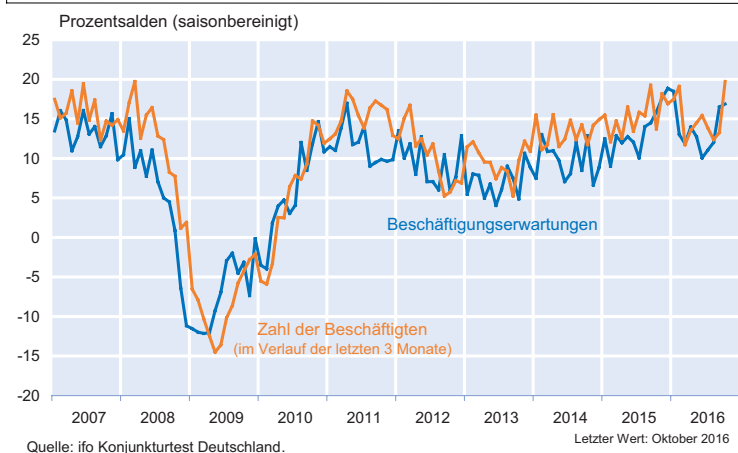
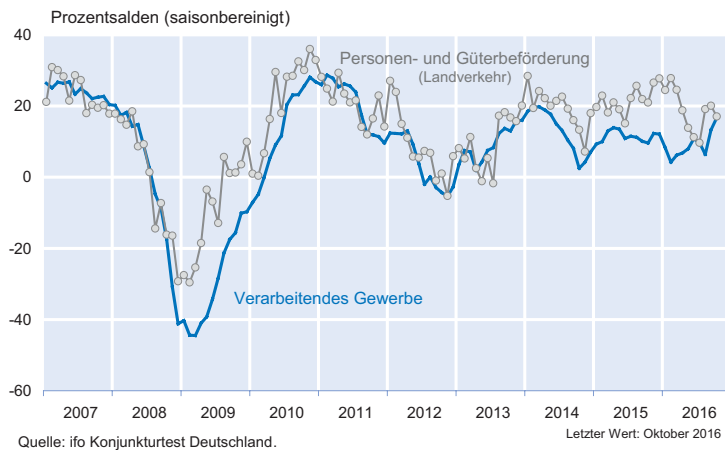


Abb. 14
Vergleich des Geschäftsklimas: Transport und Verarbeitendes Gewerbe



Wachstumspfad zurückkehren und um 1,0% expandieren, nachdem 2015 ein leichter Rückgang (-0,1%) stattfand. In den kommenden zwei Jahren ist mit einer Fortsetzung des leicht steigenden Aufwärtstrends beim Transportvolumen zu rechnen.

Die **Software- und DV Dienstleistungsbranche** befindet sich in glänzender Verfassung. Die digitale Revolution treibt die Umsatzentwicklung in neue Höhen. Die Stimmungskennzeichen des ifo Konjunkturtests unterstreichen die gute konjunkturelle Entwicklung dieser Hightech-Branche. Der mit Abstand wichtigste Engpassfaktor ist der Fachkräftemangel (44% der Firmen). Nach den ersten drei Monaten ergab sich laut amtlicher Statistik gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum im Bereich der Informationstechnologie ein Umsatzplus von 10,6%. Noch etwas besser verlief die Entwicklung in der Sparte »Datenverarbeitung, Hosting und Webportale« (13,3%).

Die Umsatzentwicklung der **Werbeagenturen** ist weiterhin sehr unterschiedlich in den einzelnen Unternehmen. Während die großen Agenturen ihre Umsätze überwiegend ausbauen konnten, leiden gerade die kleineren Unternehmen dieser Branche unter dem Vormarsch der Online-Werbung. Insgesamt gilt das Geschäftsklima in der Branche laut ifo Konjunkturtest als gut, allerdings deutlich weniger stark ausgeprägt als in den baunahen Dienstleistungssparten oder im IT-/Softwarebereich. Der Umsatzzuwachs in 2016 dürfte 1% nicht überschreiten, mit den jedoch bereits angesprochenen starken Unterschieden in den einzelnen Unternehmen.

Eine der Haupttriebkraft für Reiseausgaben ist die Entwicklung des privaten Verbrauchs. Hier bleiben die Rahmenbedingungen für **Reisebüros** weiterhin recht günstig:

Die Indikatoren deuten sogar auf ein sich noch beschleunigendes Expansionstempo hin. Schließlich werden die Lohneinkommen bei fortgesetztem Beschäftigungsaufbau und steigenden Löhnen merklich zunehmen. Zudem werden aufgrund der außergewöhnlich kräftigen Rentenanpassung zur Mitte des laufenden Jahres die monetären Sozialleistungen im Jahresdurchschnitt kräftig steigen. Während von der Einkommenseite die Ampel für steigende Reiseausgaben der deutschen Verbraucher auf grün steht, versichern Unruhen und Terroranschläge die Kunden. Aller Erfahrung nach bremsen diese Faktoren die Reiselust jedoch nur kurzzeitig. Sollten, wie hier erwartet wird, die Kunden ihre Reisezurückhaltung bald wieder aufgeben und vermehrt kurzfristig buchen, könnte sich der Branchenumsatz auf hohem Niveau stabilisieren. Insgesamt dürften die von den Reisebüros laufenden Umsätze um ca. 2% in 2016 zulegen.

Vom Gesamtumsatz der Branche **Vermietung beweglicher Sachen** im Jahr 2015 in Höhe von rund 25 Mrd. Euro entfielen etwa 15 Mrd. Euro auf Autovermietung und 10 Mrd. Euro auf Maschinenvermietung. In beiden Teilsparten lag das Umsatzwachstum im letzten Jahr bei gut 3%. Innerhalb der Maschinenvermietung verzeichneten die Baumaschinenvermieter ein unterdurchschnittliches Umsatzplus von 1,5%. Auch für das laufende Jahr sind die Anbieter, die hauptsächlich Industriekunden als Abnehmer haben – das sind vor allem die Vermieter von Flurförderfahrzeugen wie etwa Gabelstapler und Arbeitsbühnen (Höhenzugangstechnik) – optimistischer gestimmt als die Unternehmen, die hauptsächlich vom Baugewerbe abhängen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Marktdurchdringung von gemieteten Baumaschinen in Deutschland über 50% beträgt und damit bereits sehr hoch ist. Auf der anderen Seite profitieren

Abb. 15
Vergleich des Geschäftsklimas: Reisebüros und Reiseveranstalter und Dienstleistungen

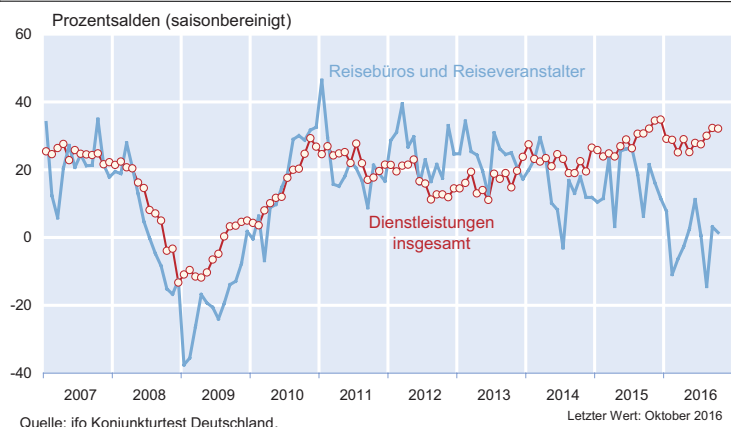
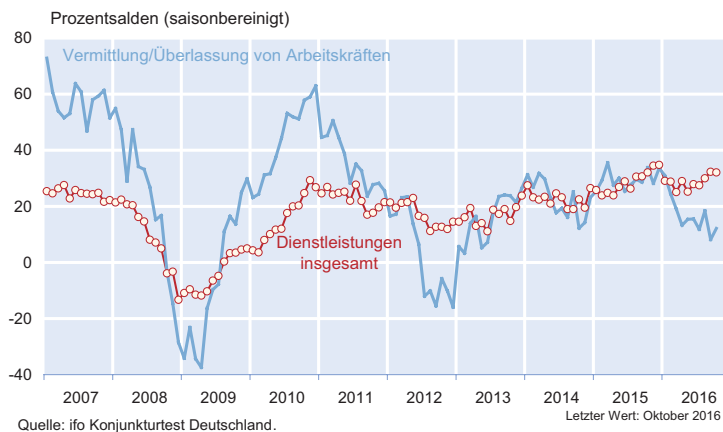


Abb. 16
Vergleich des Geschäftsklimas: Vermittlung/Überlassung von Arbeitskräften und Dienstleistungen



die Maschinenvermieter außerhalb des Baugerätesektors weiterhin stark vom Trend zum Outsourcing, wodurch ihre Umsätze stärker steigen, als es allein von der Konjunktur angezeigt ist. Die Konjunktur-Umfrage-Ergebnisse sprechen für die Branche insgesamt in diesem Jahr für eine ähnliche Umsatzwachstumsrate wie in 2015 (rund 3%). Diese Größenordnung des Umsatzwachstums zeichnet sich auch für die Jahre 2017 und 2018 ab.

In der Branche **Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften** wurde 2014 ein Gesamtumsatz von 37,8 Mrd. Euro erzielt, von dem ein Großteil (80%) auf die befristete Überlassung von Arbeitskräften entfiel. Die vorläufigen amtlichen Zahlen für die Umsatzentwicklung bis zum ersten Halbjahr 2016 bestätigen die sehr günstigen Entwicklungen in der Branche. Das Umsatzwachstum beschleunigte sich in der befristeten Überlassung von Arbeitskräften, und die Jahreswachstumsrate wurde für das erste Halbjahr 2016 vom Statistischen Bundesamt auf über 9% taxiert. Die aktuelle Auftragsituation im Verarbeitenden Gewerbe und die bereits sehr hohe Kapazitätsauslastung in allen Bereichen dürften zu einer weiterhin positiven Umsatzentwicklung der Branche führen. 2016 dürften die Umsätze aus den genannten Gründen um mehr als 10% steigen. Für die kommenden zwei Jahre wird der Umsatzanstieg weniger dynamisch ausfallen. Hier werden die ab 1. April 2017 greifenden neuen Regelungen (Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten und »Equal Pay« nach neun Monaten) ihren Tribut fordern.

Architektur- und Ingenieurbüros profitieren stark vom aktuellen Boom in der Baubranche. Die realen Bauinvestitionen stiegen 2015 zwar lediglich um 0,3% im Vergleich zum Vorjahr, dürften jedoch 2016 mit 4% spürbar zulegen, insbesondere im Wohnungsbau. 2017 werden die realen Bauinvestitionen aller Voraussicht nach weiter zunehmen, jedoch mit knapp 2% etwas weniger stark. Diese Bauinvestitionen können weiterhin nicht den Bedarf an neuem Wohnraum decken, der nach einer Schätzung der Bundesregierung bei rund 350 000 Wohnungen jährlich liegt. Die Auf-

tragsituation für die Architekten und Ingenieure sieht dementsprechend positiv aus. Die benötigten zusätzlichen Personaleinstellungen scheitern oftmals am Fachkräftemangel, der mit zunehmender Auslastung der Personalkapazitäten die Geschäftstätigkeit hemmt. Dennoch haben die steigenden Bauinvestitionen für die Umsatzentwicklung einen sehr günstigen Effekt. 2016 dürften die Umsätze um knapp 5% und in den Jahren 2017 sowie 2018 um jeweils weitere 4% steigen.

In der **Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung** wurde 2014 laut der Umsatzsteuerstatistik ein Umsatz von 47,4 Mrd. Euro erzielt. Die Rechts- und Steuerberatungen

haben hieran mit jeweils rund 40% den größten Anteil. Mit der Einführung des Rotationsprinzips müssen die Wirtschaftsprüfer alle paar Jahre gewechselt werden, und der Wettbewerb dürfte wieder ein Stück weit geöffnet werden. Auch Steuerberater erhalten zunehmend Konkurrenz, denn seit der Einführung des Syndikus Steuerberater wächst die Anzahl der von den Steuerberatungskammern bestellten Syndizi. 2015 ist der Umsatz in der Rechts-, Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung um 4% gestiegen. 2016 dürfte sich der Anstieg beschleunigen und nahezu 5,5% erreichen. In den folgenden Jahren wird der Umsatzanstieg an Dynamik verlieren und auf knapp 4% in 2017 bzw. knapp 3,5% in 2018 sinken.

Laut der Umsatzsteuerstatistik 2014 wurde in dem Bereich **»Unternehmens- und Public-Relations-Beratung«** ein Umsatz von gut 28 Mrd. Euro erzielt. Der weitaus größte Teil davon entfiel auf den Teilbereich Unternehmensberatung. Nur 5% des Branchenumsatzes des Jahres 2014 konnten der Public-Relations-Beratung zugeordnet werden. Laut dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberater konnte der Umsatz der Unternehmensberater 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 7% erhöht werden. Vorläufige Zahlen des Statistischen Bundesamtes lassen erkennen, dass dieses dynamische Wachstum weiterhin anhält, denn für das erste Halbjahr 2016 wird ein Umsatzanstieg der Branche um knapp 9% gegenüber dem Vorjahr angegeben. Großer Treiber dieser Entwicklung dürfte die Digitalisierung sein. Da dieser Prozess in absehbarer Zeit nicht abgeschlossen sein dürfte, wird der Umsatz auch weiterhin dynamisch wachsen. Für 2017 und für 2018 ergibt sich ein prognostizierter Umsatzanstieg von 4,5% im Vergleich zum Vorjahr.

Das **Gastgewerbe** setzt sich aus den Bereichen Beherbergung und Gastronomie zusammen. 2014 wurde ein Umsatz von gut 74 Mrd. Euro erzielt. Hiervon entfiel mit mehr als 48 Mrd. Euro der weitaus größere Anteil auf die Gastronomie. Die Umsätze sind 2014 mit 11% im Vergleich zum Vorjahr recht deutlich gestiegen, jedoch ist die Ertragslage auf-

grund steigender Personalkosten zunehmend angespannt. Im Beherbergungsgewerbe waren im ersten Halbjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr rund 3% mehr Übernachtungen zu verzeichnen. Neben Privatreisen sind Geschäftsreisen eine Triebfeder der steigenden Anzahl an Übernachtungen. 2014 lagen die Umsätze bei rund 26 Mrd. Euro und sind nach vorläufigen Daten des Statistischen Bundesamtes 2015 um knapp 4,5% gestiegen. Die Umsätze – in konstanten Preisen – waren in der Gastronomie 2014 rückläufig und auch die Anzahl an Unternehmen fiel geringer aus. Insgesamt ist die Konkurrenzsituation im Gaststättengewerbe angespannt. Die anhaltende Konsumfreude der Bevölkerung lässt den Blick in die nahe Zukunft dennoch positiv ausfallen und spricht für eine weitere Umsatzsteigerung im nächsten Jahr.

Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt am Beispiel einer Zeitarbeitsfirma

Die Referentenbeiträge beschäftigten sich mit dem Schwerpunktthema des diesjährigen Branchen-Dialogs, den Chancen und Herausforderungen der Zuwanderung. Ein Beispiel aus der Praxis, wie die Integration von Flüchtlingen in die Dienstleistungsbranche aussehen kann, ist das Integrationsprojekt der Zeitarbeitsfirma Eisen Personal-Service in Zusammenarbeit mit der DHL, einem Tochterunternehmen der Deutschen Post. Petra Eisen, Inhaberin der gleichnamigen Zeitarbeitsfirma in Nürnberg, und Emil Ebert von DHL stellten das Projekt, das im Juli dieses Jahres begann und ein halbes Jahr dauern soll, vor und berichteten von ihren bisherigen Erfahrungen. Nach einer Vorselektion stellte die Zeitarbeitsfirma Eisen 20 Flüchtlinge aus Syrien ein, die bei der Deutschen Post, DHL, im Paketdienst eingesetzt wurden. Die bisherigen Erfahrungen sind insgesamt betrachtet überwiegend sehr positiv. Insbesondere die geringe Anzahl an Abbrechern ist als positiv zu bewerten. Negativ zu Buche schlägt hingegen vor allem der hohe Betreuungsaufwand, nicht zuletzt infolge der erheblichen bürokratischen Anforderungen sowie infolge von Problemen bei der Verständigung – trotz Fortschritten bei der Spracherlernung. Auch der Arbeitstakt, der Wochenverlauf und die Feiertage sind für viele Flüchtlinge ungewohnt. Insgesamt zeichnet sich aber schon jetzt eine Übernahmewahrscheinlichkeit der syrischen Flüchtlinge in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis bei der Deutschen Post, DHL, in Höhe von mindestens 40% ab.

Integration von Flüchtlingen in die Speditions- und Logistikbranche

RAin Edina Brenner – Geschäftsführerin des Landesverbandes Bayerischer Spediteure e.V. (LBS) – berichtete von den Möglichkeiten der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt der Speditions- und Logistikbranche. Dieser

Wirtschaftsbereich beschäftigt bereits eine Vielzahl verschiedener Nationalitäten und steht Migranten seit jeher offen gegenüber. Aktuell wird vermehrt qualifiziertes Fachpersonal benötigt, dem die geflüchteten Personen derzeit jedoch aufgrund häufig fehlender Berufsausbildung nicht zuzurechnen sind. Dennoch bieten Asylsuchende aus den Ländern mit den größten Bleibeperspektiven ein großes Arbeitskräftepotenzial. Um einen Einblick in die bereits vorhandenen Qualifikationen und Erfahrungen der Asylbewerber zu erhalten, bietet der LBS den IdA KompetenzCheck¹ an. Außerdem bietet der vom Verband herausgegebene »Leitfaden für Spediteure zur Beschäftigung geflüchteter Menschen« einstellungswilligen Unternehmen einen Überblick über die rechtlichen Rahmenbedingungen. Herausforderungen, die speziell diese Branche betreffen, sind zum einen die Überprüfung nach der EU-Terrorverordnung, die bei der Zertifizierung zum »zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten« notwendig wird, und zum anderen die Zuverlässigkeitsüberprüfung, die der Status des »reglementierten Beauftragten« in der Luftfracht verlangt. Beides ist nur schwer zu gewährleisten, wenn die Identität nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann.

¹ Gefördert durch die vbw (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft) und das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie